

3. WebTalk der GSP: Braucht die Bundeswehr Reform(en)?

Richard Roßmanith



Foto: GSP

V.l. Kersten Lahl, Tobias Lindner, Prof. Dr. Johannes Varwick, Hans-Peter Bartels und Johann Wadepuhl

Der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Hans-Peter Bartels und der ehemalige Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant a.D. Rainer Glatz, haben bei der Stiftung Wissenschaft und Politik einen vielbeachteten Vorschlag unter der Überschrift „Welche Reform die Bundeswehr heute braucht“ veröffentlicht, über den auch die ES&T in ihrer letzten Ausgabe berichtet hat. Es ist naheliegend, dass die Gesellschaft für Sicherheitspolitik dieses Thema aufgegriffen und zum Thema ihres 3. WebTalk am 8. Dezember 2020 gemacht hat.

Teilnehmer am Webtalk

Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (SPD), Tobias Lindner, Verteidigungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Johann Wadepuhl, stellvertretende Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Generalleutnant a.D. Kersten Lahl, Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Moderation: Prof. Dr. Johannes Varwick, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Reformstress?

Konsens herrschte in der Runde, dass abgesehen von den Veränderungen der Bun-

deswehr im Zuge der Wiedervereinigung mit der Integration von Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee und den Reduzierungen auf die Obergrenzen des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) und des 2+4-Vertrages alles Sparreformen waren. Regelmäßig wurde keine dieser sogenannten Reformen zu Ende gebracht. So wurden die Angehörigen der Bundeswehr in einen regelrechten „Reformstress“ versetzt. Die Bundeswehr verwandelte sich in den letzten drei Jahrzehnten in eine Dauerbaustelle, auf der sich hektische Aktivitäten entwickelten, die verhinderten, dass eine der Reformen wirklich wirksam werden konnte. Welche Organisation hält das aus, ohne beschädigt zu werden?

Nicht so einig war sich das Panel in der Frage, welche Auswirkungen die veränderten strategischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen insbesondere seit dem sicherheitspolitischen Epochenjahr 2014 (Russlands Annexion der Krim) und den NATO-Beschlüssen von Wales, zuvor aber schon mit dem Strategischen Konzept, das auf dem NATO-Gipfel von Lissabon 2010 beschlossen wurde, haben würden. Damals besann sich das Bündnis wieder auf seinen ursprünglichen Zweck der Kollektiven Verteidigung. Während vor allem Kersten Lahl vehement eine klare Priorisierung der Bündnisverteidigung als Hauptaufgabe der Bundeswehr einforder-

te, war Johann Wadepuhl der Auffassung, die Bundeswehr müsse in Zukunft neben der Bündnisverteidigung gleichrangig als Instrument der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung zur Verfügung stehen.

Balance Auftrag – Kräfte – Mittel

Alle Beteiligten machten deutlich, dass die seit Jahrzehnten verlorene Balance von Auftrag, Kräften und Mitteln für die Streitkräfte wieder geschaffen werden muss. Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in einem umfassenden Sinn muss auf eine solide Grundlage gestellt werden. Dass dafür zusätzliche Finanzmittel erforderlich seien, sei selbstredend und wurde als Forderung einheitlich unterstützt. Gefordert wurde aber auch insbesondere von Tobias Lindner, dass das verfügbare Geld besser und wirkungsvoller verwendet werden müsse. Vor allem die materielle Einsatzbereitschaft, aber auch die künftige Ausstattung der Streitkräfte mit leistungsfähigen und kriegstauglichen Waffensystemen und Material wurde als größte Herausforderung diskutiert. Die von Hans-Peter Bartels bereits in seinen Berichten als Wehrbeauftragter attestierte dysfunktionale Aufstellung des Rüstungsbereichs bedarf dringend der Veränderung. Die Trennung von Beschaffung und Nutzung von Wehrmaterial sollte als wichtigste Stellschraube gesehen werden. Im Hinblick auf Einsatz- und Kriegstauglichkeit wird auch die Reduzierung der Komplexität des Wehrmaterials vorgeschlagen. Angemahnt wurden die Schaffung klarer Zuständigkeiten und ein Bewusstseinswandel, sodass Verantwortung auf der Grundlage von Auftrag und Kompetenz wahrgenommen werden kann.

Festgemacht an der Rüstung wird auch die bislang strukturbestimmende Prozessorientierung der Bundeswehr von allen Teilnehmern kritisch hinterfragt. Hans-Peter Bartels fordert für den Bereich des Personals eine den Gegebenheiten in den Verbänden und Dienststellen angemessenere Dezentralisierung der Personalgewinnung und Personalführung. Den Verantwort-

lichen auf den entscheidenden Ebenen der Truppenführung und der Leitung von Dienststellen wieder umfassendere Kompetenzen zuzuweisen und entsprechende Kräfte und Mittel zur Verfügung zu stellen, sieht er als Voraussetzung für die Funktionalität der Streitkräfte und das Erreichen von umfassender Einsatzbereitschaft.

Keine Sparreformen

Was das allerdings für die Truppenstrukturen bedeutet, blieb in der Diskussion im Ungewissen. Etwas beruhigend für eine Truppe im „Reformstress“ wirkt vielleicht die Feststellung, dass es bei künftigen Veränderungen nicht mehr um „Sparreformen“ geht, sondern wie bereits durch die eingeleiteten Trendwenden angestoßen, um eine stärkere und umfangreichere, besser ausgestattete Bundeswehr. Zustimmung fand die Feststellung, dass bislang oft hohle Truppenstrukturen verbessert und leistungsfähig werden sollen. Dennoch mahnte Kersten Lahl zu Recht an, die Frage der Zahl und des Zuschnitts der Organisationsbereiche mit Bedacht anzugehen. Die aus neuen Strukturen der Großorganisation resultierenden Verwerfungen könnten erhebliche kontraproduktive Wirkungen entfalten. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde abgelehnt, wenn sie nur auf das Militärische begrenzt würde. Eine allgemeine Dienstpflicht sei allerdings erwägenswert.

Nächste Schritte

Für die nächste Legislaturperiode schlägt Johann Wadepuhl ein Bundeswehrfähigkeitsgesetz vor, welches die langfristige finanzielle Ausstattung der Bundeswehr sicherstellen soll. Zugleich fordert er, die Beschaffungsprozesse der Bundeswehr neu und wirkungsvoll zu gestalten. Tobias Lindner will eine effiziente Beschaffung für eine bessere materielle Ausstattung der Bundeswehr und dass dabei wirkungsvoller mit Steuergeldern umgegangen wird. Kersten Lahl fordert eine nationale Sicherheitsstrategie mit dazugehöriger Debatte im Deutschen Bundestag. Hans-Peter Bartels schließt sich diesen Vorschlägen an und fordert, dass wir uns alle in der Verteidigungspolitik ehrlicher machen müssen. Er schlägt eine realistischere Betrachtung von Auftrag, Umfang und Ausrüstung der Streitkräfte vor. Bei allen berechtigten Forderungen nach Finanzen, Material und Personal gilt es, den Blick auch auf eine „Innere Reform“ von Mentalität, Einstellungen und Bewusstsein zu richten.

Digitalstrategie der GSP

Etwa 200 Interessenten hatten sich zur Teilnahme an dieser Veranstaltung registrieren lassen und beteiligten sich an der lebhaften Debatte mit zahlreichen Fragen. Dennoch: Das Format des WebTalks setzt der Diskussion eines solch komplexen Themas enge Grenzen. Eine Vielzahl von Aspekten – an-

gefangen von den sicherheitspolitischen Grundlagen deutscher und internationaler Verteidigungspolitik bis hin zu Strukturfragen und der inneren Verfasstheit von Streitkräften und zivilen Anteilen der Bundeswehr – können und müssen vertieft diskutiert werden. Die GSP bietet dazu Möglichkeiten. Ganz konkret zu diesem Thema kann die Diskussion fortgesetzt werden im Blog der GSP, erreichbar über die Webseite www.gsp-sipo.de unserer Gesellschaft. Kersten Lahl leitet den Blog und hat auch dieses Thema dort eingestellt. Die Webseite ist der Ausgangspunkt der Online-Aktivitäten der GSP. Dort kann auch der Newsletter der GSP abonniert werden.

Verstärkt ist die GSP in den sozialen Medien vertreten und sehr aktiv unterwegs. Unseren Facebook-Auftritt www.facebook.com/GSPSipo haben bereits knapp 2.000 Personen abonniert. Auf Twitter [@GSPSipo](https://twitter.com/GSPSipo) folgen uns mittlerweile knapp 2.500 Personen. In einem eigenen YouTube-Kanal stehen nicht nur der 3. WebTalk, sondern zahlreiche weitere Videos von Veranstaltungen der GSP zur Verfügung. Einzelne Sektionen und vor allem unsere Junge GSP sind mit eigenen Auftritten in den sozialen Medien präsent und beteiligen sich an der sicherheitspolitischen Diskussion und Meinungsbildung sehr intensiv. Als Vizepräsident der GSP lade ich Sie ein, sich dort umzusehen und von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

In eigener redaktioneller Verantwortung.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSPSipo; Twitter: [@GSPSipo](https://twitter.com/GSPSipo)

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de